

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Walter Nussel

Abg. Annette Karl

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretär Albert Füracker

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Florian von Brunn

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes

Einführung einer Obergrenze für den Flächenverbrauch (Drs. 17/16760)

- Erste Lesung -

Für die Begründung des Gesetzentwurfs stehen 5 Minuten zur Verfügung. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen im Rahmen der Aussprache beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit beträgt die Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Stümpfig das Wort. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Artikel 141 der Bayerischen Verfassung besagt: Der Boden ist als natürliche Lebensgrundlage zu schützen. Wie sieht es aber nun mit dem Boden in Bayern aus, mit dieser Ressource, die wir laut Verfassung schützen sollen, die auch nicht vermehrbar ist und die, wenn sie einmal verbraucht ist, nicht mehr so leicht zurückgeholt werden kann? – Unser Fazit: Es sieht mit dieser Ressource nicht gut aus.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Momentan gehen die Planungen der CSU-Fraktion zur Reform des Landesentwicklungsprogramms in eine Richtung, dass sich die Situation weiter verschlechtern würde. Das können wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in Bayern einen enormen Flächenverbrauch; jeden Tag gehen 13 Hektar verloren. Auf das Jahr gerechnet entspricht das der Fläche des Ammersees. Man kann sich kaum vorstellen, welche Ausmaße das annimmt. Diese Fläche nimmt jährlich sogar noch zu.

Besorgniserregend ist auch, dass diese Fläche eins zu eins von der landwirtschaftlichen Nutzung abgeht. Der nachfolgende Redner, Herr Nussel, kommt aus diesem Bereich. Ich glaube, Herr Nussel, dass Sie mir sicherlich darin zustimmen werden, dass ein weiterer Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche sehr, sehr besorgniserregend ist und wir alles dafür tun müssen, um den Druck auf den Boden, auf diese endliche Ressource wegzunehmen, dass wir einen anderen Umgang mit unserem Boden brauchen, eine andere Bodenpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung besagt: 30 Hektar Flächenverbrauch pro Tag maximal. Die Bayerische Staatsregierung stellt in ihrem Umweltbericht fest, dass der Flächenverbrauch immer weiter zunimmt und noch kein Rezept gefunden wurde, um ihn einzudämmen. Frau Staatsministerin Scharf wird mir hierin sicherlich zustimmen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist vorhanden, es gibt ein Flächenschutzziel. Die Politik in Bayern tut aber nichts dafür, um dieses einzuhalten. Was ist eine Politik wert, wenn festgelegte Ziele völlig in den Wind geschossen werden? – Die Staatsregierung macht sich hier komplett unglaubwürdig. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und was ist mit dem Flächenfraß? – Der geht derweil munter weiter. Tag für Tag werden massiv Flächen verschlungen. In einer Woche kommt eine Fläche zusammen, die zwei bayerische Bauernhöfe benötigen, wenn man von der durchschnittlichen Größe von 31 Hektar pro Bauernhof ausgeht.

Auch der Bayerische Bauernverband, mit dem wir als Fraktion der GRÜNEN relativ selten einer Meinung sind, hat unsere Argumentation in der Anhörung zum Landesentwicklungsprogramm massiv gestärkt. Dessen Vertreter hat gesagt, der Flächenverbrauch, dieser Flächenfraß darf so nicht weitergehen, wir brauchen endlich Maßnahmen zur Begrenzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt also ganz klar: Stopp dieser Politik! Stopp dem Ausverkauf unserer Landschaft! Stopp dem Dogma "Wachsen um jeden Preis"!

Wie gesagt: Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung besagt: maximal 30 Hektar pro Tag. Heruntergebrochen auf Bayern sind das 4,7 Hektar pro Tag. Wir fordern in unserem Gesetzentwurf, dass im Landesplanungsgesetz eine Obergrenze für den Flächenverbrauch verbindlich vorgeschrieben wird. Hergeleitet von diesen 30 Hektar pro Tag für den Bund wären das 4,7 Hektar pro Tag für Bayern. Das möchten wir festschreiben.

Wie kann man das nun in der Praxis umsetzen? – In unserem Gesetzentwurf haben wir dazu die Einführung eines Zertifikatehandels thematisiert. Wir wollen eine dynamische Entwicklung Bayerns. Wir wollen kein starres System; wir wollen eine flexible Lösung, die den Kommunen, so unterschiedlich sie auch sind, Spielräume lässt. Für manche Kommunen ist das eine die richtige Lösung, für andere Kommunen das andere.

Wir wollen also diesen Zertifikatehandel einführen. Das kann man mit einer Art Gutscheinsystem vergleichen. Diese 4,7 Hektar pro Tag für Bayern werden heruntergebrochen auf die bayerischen Kommunen. Ausnahmeregelungen brauchen wir für die Ballungsräume, weil dort besondere Herausforderungen bestehen. Leitparameter ist die Bevölkerungsentwicklung. Jeder Kommune werden also auf der Grundlage des Standes der Bevölkerungsentwicklung Zertifikate zugeteilt. Damit können die Kommunen handeln. Reichen die Zertifikate nicht aus, können welche zugekauft werden. Geht

eine Kommune sparsam damit um, kann sie welche verkaufen. Kommunen, die wenig Flächen verbrauchen, können also Zertifikate verkaufen und damit Gewinne Erlösen. Die Kommunen, die auf Innenentwicklung setzen, werden belohnt.

Das Spannende dabei ist: Wir können auf viele Erfahrungen zurückgreifen. Wir haben uns dieses Konzept nicht am Schreibtisch ausgedacht. Es war Gegenstand einer großen Studie des Umweltbundesamtes, die vom Jahr 2013 bis zum Frühjahr 2017 gelaufen ist. 87 Kommunen haben daran teilgenommen, davon mehrere bayerische: Deggendorf, Aschaffenburg und weitere. Das Ergebnis dieser Studie, dieses Planspiels ist gut dokumentiert. Die Neuausweisungen haben um 50 % abgenommen. Von den Projekten, die im Innenbereich geplant waren, wurden nahezu alle umgesetzt. Wir haben in diesen vier Jahren also Ergebnisse erzielt, sodass wir sagen können: Die Innenentwicklung wird durch diesen Flächenzertifikatehandel massiv gestärkt, das Bauen auf der grünen Wiese nimmt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass man genau analysiert hat, wie es mit den geplanten Projekten aussieht. Man kam zu dem Ergebnis: Ein Drittel der geplanten Projekte wäre auf jeden Fall ein Verlustgeschäft gewesen. Wir sehen daran, dass wir damit den Kommunen Handreichungen geben würden, keine Flächen auszuweisen, keine Gewerbegebiete zu erschließen, die ein Verlustgeschäft werden. Deswegen wäre das sehr positiv für die kommunale Entwicklung.

Wie sieht es nun mit der kommunalen Planungshoheit aus? Das Argument wird sicherlich aufgegriffen, dass die kommunale Planungshoheit beschnitten würde. – Wir sagen: Nein. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist in der Verfassung festgeschrieben. Deshalb hat jedes Land das Recht, rechtliche Grundlagen zum konkreten Schutz zu schaffen. Es ist keine starre Begrenzung. Dieser Zertifikatehandel lässt Freiraum. Er setzt nur die Obergrenze von 4,7 Hektar pro Tag. Die einzelnen Kommunen können Zertifikate zukaufen oder verkaufen. Deshalb ist das für uns ein sehr

gutes Instrument, um die Obergrenze von 4,7 Hektar umzusetzen. Die Notwendigkeit ist nach unserer Einschätzung wirklich gegeben.

Wir haben ein Gutachten erstellen lassen. Die kommunale Planungshoheit wird hier nicht beschränkt. Es ist rechtlich wasserdicht; es ist umsetzbar.

Die Notwendigkeit dieser Maßnahme, die sicherlich neu ist, ist nach unserer Meinung wirklich gegeben. Wenn wir immer hören, nur 5 % der Fläche in Bayern soll versiegelt sein, sagen wir: Nein, das ist eine dramatische Entwicklung. Herr Söder, unser Heimatminister, kann Bayern nicht mit einem Fußballplatz vergleichen; denn auf einem Fußballplatz gibt es keine Berge, gibt es keine Seen und gibt es keine geschützten Naturräume. Von daher gesehen ist ein Vergleich mit einem platten Fußballplatz nicht angebracht. Er ist fehl am Platz. Wir brauchen eine Entwicklung, die den Flächenverbrauch tatsächlich eindämmt. Hierzu liegt unser Gesetzentwurf vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir setzen uns also für eine Landesplanung ein, die unsere Heimat tatsächlich schützt. Wir sind hier gemeinsam mit nahezu allen Experten der Anhörung einer Meinung. Nur ganz wenige – das waren die IHK und der Gemeindetag – haben zu einzelnen Bereichen gesagt, dass eine gewisse Lockerung der Ausweisung durchaus Sinn mache. Bei den allermeisten Punkten, bei 98 % der Punkte waren wir aber einer Meinung mit den Experten, die vor einer Aushöhlung des Landesentwicklungsprogramms und vor einem Verkauf der Heimat gewarnt haben.

Wir brauchen eine Antwort auf den stetig steigenden Flächenverbrauch. Wir brauchen Konzepte. Wir brauchen klare Leitplanken. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir dem Verfassungsauftrag des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen nachkommen, unsere schöne Heimat in Bayern schützen und den Flächenfraß verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Stümpfig. – Nächster Redner ist Herr Kollege Nussel. Bitte schön, Herr Nussel.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mein Kollege, Herr Stümpfig, hat bei dem Thema, wie es um den Flächenverbrauch in unserem Land steht, wieder einmal ein Szenario der Angst beschrieben. Herr Stümpfig, ich hätte mir heute gewünscht, dass Sie das aufgreifen, was ich das letzte Mal hier gesagt habe, als ich zu diesem Thema gesprochen habe. Sie sollten Beispiele dafür herausarbeiten, wie viele Flächen der Landwirtschaft von der Bewirtschaftung herausgenommen wurden, um sie ökologisch aufzuwerten. Das haben Sie heute mit keiner Silbe erwähnt. Mich stimmt schon sehr nachdenklich, dass Sie das so einseitig darstellen, als würde in Bayern jetzt die Welt untergehen. Das ist wahrlich nicht so.

Bayern entwickelt sich hervorragend. Ich bin ein Verfechter eines Prinzips. Ich sage: Wir müssen unseren Kommunen den Handlungsspielraum lassen. Wir dürfen dies nicht, wie Sie das machen wollen, durch Vorgaben einschränken, dass zum Beispiel Kommunen einen Handel mit Zertifikaten betreiben sollen. Dadurch sollen quasi diejenigen Kommunen belohnt werden, die sich zurücklehnen und sagen: Ich brauche keine Ansiedelung, ich verkaufe alle meine Zertifikate, während wir dann diese Kommune mit Zuschüssen unterstützen sollen. Das ist der falsche Weg. Wir müssen diejenigen Kommunen unterstützen, die das Land nach vorne bringen. Das heißt nicht, dass ich alles zubetonieren will – mit Sicherheit nicht. Wir müssen dies mit Maß und Ziel betreiben, wie es bisher auch geschehen ist. Da sind wir dabei.

Ich habe bei der Anhörung auch andere Stimmen gehört, Herr Stümpfig. Es waren keine 98 % einer Meinung mit Ihnen, wie Sie darstellen. Auch von anderen Verbänden waren Stimmen zu hören, die besagten: Wir müssen auch Freiheiten schaffen, damit wir gerade den ländlichen Raum und nicht nur die Metropolen stärken. Das ist das Anliegen unseres Ministeriums, unserer Staatsregierung. Wir gehen in diese Bereiche, damit sich dort auch Gewerbe ansiedeln kann, damit junge Menschen in den Regio-

nen, in den ländlichen Bereichen bleiben können. Dabei sind die ersten Erfolge unseres Heimatministeriums, das umsteuert, jetzt schon sichtbar.

Ich kann nicht feststellen, dass wir im Vergleich mit den anderen Bundesländern unsere Flächen überproportional verschwenden würden. Sie sprechen auch davon, dass 4,7 Hektar aus der Bewirtschaftung herausgenommen werden sollen. Ich bitte, zu bedenken, was dies bei der Entwicklung eines Gewerbegebietes heißt. Was brauche ich an Ausgleichsflächen? Wie viel Grün muss ich auf den Flächen selbst schaffen? Dadurch entstehen ja zusätzliche Kosten, die wir, die Unternehmen, die Kommunen usw. auch aufbringen müssen. Davon haben Sie heute mit keiner Silbe gesprochen. Ich hätte mir schon gedacht, dass Sie das aufnehmen und als grüne Partei herausarbeiten und in den Vordergrund stellen, wie es draußen tatsächlich aussieht.

Sie haben nur in eine Richtung argumentiert – das machen Sie in jeder Ausschusssitzung –, nämlich, wie schlimm das alles ist. Ich kann nicht erkennen, dass unsere Bevölkerung und die zwei Millionen, die in den letzten zehn Jahren zu uns gekommen sind, dieses Szenario annehmen; denn sonst würden sie, meine ich, versuchen, ihren Lebensmittelpunkt anderswo zu wählen. Nehmen Sie doch bitte etwas Druck heraus. Versuchen Sie, das, was wir in der Anhörung diskutiert haben und nun auf den Weg bringen wollen, mit uns sachlich zu begleiten.

Ganz wichtig ist, dass wir versuchen, die schon vorhandenen Infrastrukturen, eben die Autobahnen, die vierspurigen Straßen, zu nutzen, um – natürlich geregelt, nicht als Band entlang der Autobahnen – an den Ausfahrten Gewerbeflächen zu schaffen, um dort Arbeitsplätze hinzubringen, damit die Menschen nicht zusätzlich Umgehungsstraßen um die Gewerbegebiete brauchen. Das sollte der Weg sein, den wir aufzeigen wollen und den wir gemeinschaftlich gehen wollen.

Ich meine, es ist an der Zeit, der Opposition zu sagen: Wir wollen eure Gedanken mitnehmen; wir nehmen sie mit auf; wir nehmen sie sehr ernst. Die Einseitigkeit aber, die

ich Woche für Woche im Ausschuss und auch hier erlebe, kann und werde ich nicht mittragen. Deswegen lehnen wir Ihren Vorschlag ab.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Nussel. Bleiben Sie bitte noch am Pult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Stümpfig gemeldet. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Nussel, wenn Sie von Einseitigkeit sprechen, möchte ich zunächst einmal in Erinnerung rufen, dass bei der Anhörung am 27. April 26 Experten geladen waren, davon über die Hälfte von Ihnen, von der CSU-Fraktion benannt. Alle Experten waren sich sowohl bei den Punkten Zentrale Orte und Raum mit besonderem Handlungsbedarf, aber auch beim Anbindegebot einig, dass eine Aushöhung des Landesentwicklungsprogramms nicht zielführend ist. Zur Einseitigkeit kann man vielleicht noch sagen: Der Gegenwind, dem Sie ausgesetzt waren, war ziemlich stramm. Das war sozusagen aus einem Mund. Da kann man vielleicht noch von Einseitigkeit sprechen. Sehen Sie sich die Bandbreite der einzelnen Verbände an, vom Bauernverband über den BUND Naturschutz bis hin zum Gemeindetag, zum Städtetag, zu den Universitäten usw. Da von Einseitigkeit zu sprechen, verkennt die tatsächliche Lage. Das war wirklich ganz anders.

Sie haben von zwei Millionen Menschen gesprochen, die dazukamen. Während die Bevölkerung in Bayern um 15 % zugenommen hat, ist im gleichen Zeitraum die Siedlungsfläche um 50 % gestiegen. Die Schere geht massiv auseinander. Natürlich ist eine gewisse Ausdehnung, ein gewisser Flächenverbrauch notwendig, wenn die Bevölkerung zunimmt. Die Schere geht aber wahnsinnig auseinander. Deswegen heißt es bei uns: dynamische Entwicklung, 4,7 Hektar als oberes Limit.

Herr Nussel, Sie kommen aus der Landwirtschaft. Wir können doch nicht so weitermachen. Tag für Tag gehen Flächen der Landwirtschaft direkt verloren. Warum stellen Sie sich hin und sagen: Das ist alles kein Problem; die Ausgleichsflächen sind das Pro-

blem. Das stimmt doch nicht! Wenn der Flächenverbrauch für Gewerbesiedlungen geringer ist, sind auch die Ausgleichsflächen kleiner. So herum wird doch ein Schuh daraus. Weniger ausweisen, sparsam mit der Fläche umgehen – dann braucht man weniger Ausgleichsflächen. Sie zäumen das Pferd von hinten auf. Das eigentliche Problem liegt doch ganz woanders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Stümpfig. – Bitte schön, Herr Nussel.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Kollege Stümpfig, Sie schlagen wieder in dieselbe Kerbe. Ich konnte Sie jetzt leider wieder nicht überzeugen, Gedankengänge in eine andere Richtung aufzunehmen. Ich weiß nicht, ob Sie ausblenden wollen, wie sich unser Freistaat in den letzten 50 Jahren entwickelt hat. Ohne Gewerbesiedlungen bräuchten wir über vieles, über die Wünsche, die gerade Sie immer wieder bringen, wo wir Geld ausgeben sollen, gar nicht zu sprechen. Es ist hier mit Maß und Ziel vorangegangen. Das habe ich gesagt. Wir haben uns von einem Bauernstaat zu einem Industriestaat entwickelt und trotzdem die Landwirtschaft mitgenommen. Mir ist klar, dass es in den Metropolregionen Brennpunkte gibt, wo wir von Flächenverbrauch usw. sprechen und aufpassen müssen, dass das nicht zu sehr überhandnimmt. Das bestreitet ja keiner. Aber Sie haben überhaupt nicht davon gesprochen, die ländlichen Räume zu stärken. Das meinen wir, und das meint die Staatsregierung. Ich denke, da sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich komme noch mal zu der Expertenanhörung. Sie sprechen von 26, und jetzt haben Sie gesagt, 100 % waren dieser Meinung. Ich konnte das so nicht feststellen, auch nicht in Bezug auf die ganzen Universitäten. Darum waren auch nicht alle vertreten. Der eine oder andere spricht für seine Universität. Aber ich kann das, was Sie sagen, nicht feststellen, und bleibe bei meiner Haltung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Nussel. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Karl. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der letzten Woche viel über Landesentwicklung gesprochen und dabei natürlich auch über den Engpassfaktor Grund und Boden. In dieser Anhörung ist deutlich geworden, dass es bei der Entwicklung Bayerns immer um eine Balance von Ökonomie und Ökologie geht; denn Flächen, die einmal versiegelt sind, bekommen wir nicht in der gleichen Qualität zurück, auch wenn wir die Teerdecke wieder abreißen. Versiegelte Flächen fehlen der Landwirtschaft bei der Nahrungsmittelproduktion. Wenn man Naturräume zerstört, dann sägt sich letztendlich der Tourismus den Ast ab, auf dem er selber sitzt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen sorgsamen Umgang mit dem kostbaren Gut Boden. Deshalb hat das Bundesumweltministerium die Zielvorgabe von 30 Hektar Flächenverbrauch pro Tag in Deutschland bis 2020 vorgegeben. Das sind genau diese 4,7 Hektar pro Tag in Bayern. Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie von 2013 geht dabei sogar noch weiter. Sie setzt das Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft, also null Flächenverbrauch auf lange Sicht. Das Programm mit dem fast längsten Namen in Bayern, nämlich das Programm "NaturVielfaltBayern – Biodiversitätsprogramm Bayern 2030" von 2014, spricht immerhin noch von einer deutlichen und dauerhaften Reduzierung des Flächenverbrauchs bis 2030. Unser Ministerpräsident hat erst im April wieder von der Bewahrung unserer wunderschönen Landschaft und Heimat geredet, die nicht beeinträchtigt werden dürfe. Sogar der Kollege Huber sorgt sich mittlerweile um die Schönheit der Landschaft an Autobahnrandern. So weit die Vorsätze, so weit die Zielvorgaben.

Die Frage ist, was die Staatsregierung jenseits von reden tut und wie wir diese Zielvorstellungen umsetzen können. Die Staatsregierung – das ist in den letzten Wochen

deutlich geworden – hat keine Antwort auf die Frage, warum der größte Flächenversiegelungszuwachs gerade in den strukturschwachen Regionen stattfindet. Die Staatsregierung hat keine Antwort auf die Herausforderung des Wohnungsbaus bei steigenden Einwohnerzahlen und die damit einhergehende Flächenversiegelung. Die Staatsregierung hat auch keine Antwort auf die Frage, was wir mit den 40 % leer stehenden Gewerbeflächen auf dem Lande machen sollen. Ganz im Gegenteil: Minister Söder schleift mit dem Landesentwicklungsprogramm auch das letzte Bollwerk gegen massive Flächenversiegelung. Der BUND Naturschutz hat auf diesen Widerspruch von Reden und Handeln reagiert und angekündigt, aus dem Bündnis zum Flächensparen austreten zu wollen. Ich glaube, hier will jemand nicht mehr Feigenblatt spielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben viele Möglichkeiten, den Flächenverbrauch auf ein gesundes Maß zu bringen. Ein Instrument dabei ist das Landesentwicklungsprogramm. Wir brauchen ein professionelles regionales Flächenmanagement. Wir brauchen den Verzicht auf die Lockerung des Anbindegebotes und die Einführung eines Grundsatzes zur Reduktion des Flächenverbrauchs gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie der Staatsregierung im Landesentwicklungsprogramm. Wir müssen Invest in Bavaria zu einem Unterstützungsinstrument für Kommunen mit Gewerbeflächenleerstand ausbauen. Wir müssen Programme wie "Ort schafft Mitte" oder das Städtebauförderprogramm "Kleinere Städte und Gemeinden" verstärkt bewerben und uns dafür einsetzen, dass sie auch verstärkt abgerufen werden. Wir brauchen ein verpflichtendes Flächenressourcenmanagement, Rückbauverpflichtungen bei Gewerbeflächen, steuerliche Lenkungsmöglichkeiten und Entsiedelungskonzepte.

Eine Möglichkeit wäre auch der von den GRÜNEN eingebrachte Gesetzentwurf mit einer Obergrenze im Landesplanungsgesetz und einem Zertifikatehandel, wobei die Zertifikate nach der Bevölkerungsentwicklung ausgeteilt werden sollen. Jenseits aller problematischen juristischen Fragen bei diesem Gesetzentwurf ergeben sich, so sim-

pel und bestechend das auf den ersten Blick klingt, wie bei Medikamenten Risiken und Nebenwirkungen. Lassen Sie mich einige davon kurz ansprechen.

Erstens sind nicht alle Flächen gleichwertig. Entsteht Flächenverbrauch nur bei Bebauung, oder entsteht Flächenverbrauch auch dann, wenn man eine grüne Wiese in einen Garten in einer Siedlung umwandelt?

Zweitens. Müssen alle Zertifikate gleich sein, egal, ob es sich bei dem Grund um eine Wiese, um eine Lärmzone, um ein Seeufer oder um einen Moorboden handelt? Oder führen wir Umrechnungsfaktoren ein wie bei dem beliebten Spiel "Die Siedler"? Ich weiß nicht, wer das kennt. Dann geht es so: Ich tausche einmal Lärmzone und zweimal Moorboden gegen einmal Bauerwartungsland.

(Heiterkeit bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Drittens, die Zuteilung nach der Bevölkerungsentwicklung. Wir laufen Gefahr, dass wir Kommunen, die dem demografischen Wandel unterworfen und hier schon benachteiligt sind, erstens jede Entwicklungsmöglichkeit nehmen und ihnen zweitens auch noch die Möglichkeit nehmen, ihre Entwicklung gegen Geld zu verkaufen; denn sie bekommen dann maximal ein Zertifikat, das nur für eine neue Hundehütte reicht. Es kann nicht sein, dass dann aus der kommunalen Planungshoheit eine kommunale Planungshoheit nur noch für reiche Kommunen wird, die sich die Zertifikate kaufen können, die sie brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Was machen wir mit Kommunen, die nach dem Verkauf ihrer Zertifikate vor der Situation stehen, dass sie möglicherweise zusammen mit anderen Kommunen ein neues Krankenhaus oder ähnliche Infrastruktureinrichtungen der Daseinsvorsorge bauen müssen? Soll das dann nicht mehr stattfinden, weil man sie darum gebracht hat?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, achten Sie bitte auf die Zeit?

Annette Karl (SPD): Insgesamt muss ich Folgendes sagen: Wir haben den Flächenversuch des Bundesumweltministeriums. Dieser Feldversuch wird im Juli beendet. Die GRÜNEN sollten ihren Gesetzentwurf bis zum Vorliegen des Ergebnisses dieses Flächenversuchs zurückstellen. Dann können wir über eine vernünftige Grundlage reden und diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Karl. – Nächster Redner ist der Kollege Pohl. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf der GRÜNEN greift ein berechtigtes Anliegen auf. Es ist richtig, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten das eine oder andere Mal mit dem Thema Flächenverbrauch zu sorglos umgegangen sind. Ich betone aber, dass es neben dem Flächenverbrauch noch andere wichtige politische Zielsetzungen gibt, die bei uns höherrangig angesiedelt sind. Ich sage nur "gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern". Das ist eines unserer Kernanliegen, eine unserer Kernbotschaften. Weil wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern schaffen wollen, müssen wir dieses Land entwickeln. Landesentwicklung heißt Flächenverbrauch.

Wir haben heute den Sozialbericht erörtert. Im Sozialbericht haben wir erfahren, dass es in Bayern natürlich auch benachteiligte Gruppen gibt. Wir wollen Wohlstand in Bayern für möglichst viele Menschen haben. Wohlstand heißt aber auch wirtschaftliche Entwicklung. Wohlstand heißt nicht, dass man auf möglichst niedrigem Niveau gleiche Einkommen hat. Und wir haben – ich denke, das eint uns alle hier in diesem Hohen Haus – das Problem der Wohnungsnot zu lösen. In Bayern muss es bezahlbaren Wohnraum geben. Ich möchte hier den Städtetagspräsidenten, den Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly zitieren:

Wir müssen jeden verfügbaren Quadratmeter nutzen, um gerade in Ballungsräumen, aber auch dort, wo Wohnungsnot herrscht, Wohnraum zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich konzedere, dass der Entwurf rechtlich möglicherweise zulässig ist. Mir ist im Entwurf nichts Schwerwiegendes aufgefallen. Aber ich halte ihn politisch für wenig durchdacht. Ich möchte Ihnen auch sagen, warum: Wenn man von Ihren Zielen ausgeht, torpedieren Sie mit dem Entwurf die von Ihnen propagierte Energiewende. Ich zitiere aus dem "Landwirtschaftlichen Wochenblatt Nordrhein-Westfalen" vom 17. Juni 2015:

Eigentlich wollte die nordrhein-westfälische Landesregierung den Flächenverbrauch auf 5 ha pro Tag reduzieren. Von diesem ... Ziel hat sich Düsseldorf aber jetzt verabschiedet.

In dem Artikel wird unter anderem auch aufgelistet, welche Energieträger wie viel Fläche verbrauchen. Für eine Gigawattstunde Strom pro Jahr brauchen Sie beim Kernkraftwerk 25 qm, beim Steinkohlekraftwerk 47 qm, beim Braunkohlekraftwerk 1.330 qm, bei einer Fotovoltaik-Freilandanlage 22.900 qm, beim Windpark auf dem Land 64.000 qm und bei der Biomasseanlage 588.000 qm. Das ist sicherlich nicht die Zielsetzung, die Sie politisch haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte Ihnen noch weitere Argumente nennen. Frau Kollegin Karl hat bereits wichtige Punkte angesprochen. Sie verkennen vollkommen die Möglichkeit von Grundstückseigentümern, auch ohne Bebauungsplan zu bauen. Der § 34 des Baugesetzbuches betrifft das Bauen im Innenbereich, und § 35 des Baugesetzbuches betrifft das Bauen im Außenbereich. Nun gibt es zwei Landwirte, die eine Privilegierung vorweisen können. Die bauen zwei große Höfe im Außenbereich. Dies bedeutet, dass eine kleine Gemeinde für 50, 60 Jahre in ihrer Entwicklung gehemmt ist und Flächen hinzukaufen muss. Von wo kauft die Gemeinde diese Flächen dazu? – Die Flächen kommen von den Regionen, die möglicherweise kein verfügbares Bauland mehr

haben. Hierzu zählt zum Beispiel die Gemeinde Ottobrunn. Diese Gemeinde ist fast zu 100 % zugebaut. Was würden Sie zu folgender Schlagzeile sagen? "Bodenwöhr kauft Siedlungsflächen von Ottobrunn." Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist absurd.

Zuletzt möchte ich noch Folgendes ins Feld führen: Wenn man einen Zertifikatehandel ausruft und ihm das Wort redet, hat man natürlich dem Ziel der Reduzierung des Flächenverbrauchs keinen Dienst erwiesen, das hat keinen Nutzen. Es werden wiederum nur diejenigen, die es sich leisten können, die Zertifikate kaufen. Es werden nicht diejenigen, die eine Entwicklung notwendig haben, die Zertifikate kaufen. Nun komme ich auf mein Eingangsstatement zurück. Unser oberstes Ziel im Flächenland Bayern sind gleichwertige Lebensverhältnisse. Die FREIEN WÄHLER sind diesem Ziel verpflichtet. Deswegen geht dieser Gesetzentwurf in die falsche Richtung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Der Kollege Gehring hat sich etwas zu spät für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich habe mich rechtzeitig gemeldet, aber zu spät das Knöpfchen gedrückt. Herr Kollege Pohl, ich weiß nicht, was in Ihrem Terminkalender steht. Morgen habe ich einen Termin in Füssen. Vielleicht können wir uns dort treffen. Dort findet der Konversionskongress der Allgäu GmbH statt. Dort wird es um das Thema Flächenverbrauch gehen. Genau dort wird das Thema Zertifikatehandel diskutiert werden. Dazu wird ein Referent vom Institut der deutschen Wirtschaft sprechen. Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam dorthin gehen und uns den Kongress anhören. Wir werden dann feststellen, dass diese Themen nicht nur von der grünen Landtagsfraktion diskutiert werden, sondern beispielsweise auch von der regionalen Gebietskörperschaft wie der Allgäu GmbH. Dort sind vor allem Landräte und Oberbürgermeister von CSU und FREIEN WÄHLERN vertreten. Sollten wir uns dort

nicht einmal die Diskussion anhören? Vielleicht kommen wir dann mit etwas besseren Erkenntnissen für die Diskussion des Gesetzentwurfs zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Gehring. – Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Gehring, ich kann mir nicht vorstellen, dass wir morgen in Füssen den Gesetzentwurf der GRÜNEN diskutieren. Das ist meine erste Bemerkung. Die zweite Bemerkung ist: Diskutieren kann man vieles. Wir diskutieren ja über den Gesetzentwurf. Ich habe Ihnen meine Meinung und die Meinung unserer Fraktion zu Ihrem Gesetzentwurf gesagt. Selbst wenn auf dem Konversionskongress ähnliche Argumente kämen, würde ich es immer wieder so tun.

Wir müssen ja als Beispiel nicht Bodenwöhr nehmen. Nehmen wir eine Gemeinde in Schwaben. Nehmen wir einmal Buttenwiesen im Landkreis Dillingen. Wollen Sie tatsächlich, dass die Gemeinde Buttenwiesen das Geld für ihre notwendige Entwicklung in Ismaning und in Ottobrunn lässt? Wollen Sie wirklich, dass diese Gemeinde an den Speckgürtel des Ballungsraums München auch noch Geld bezahlt, nur damit Defizite in der Entwicklung aufgeholt werden können? Das ist doch geradezu pervers.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Für die Staatsregierung hat sich nun noch Herr Staatssekretär Füracker zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müssten wir die Sache nicht noch einmal erklären. Aber nach dem, was bis jetzt gesagt worden ist, erscheint es mir wichtig, noch einmal auf ein paar Fakten hinzuweisen. Diese werden immer wieder vergessen. Bayern verbraucht nicht mehr Fläche, weil die Bayerische Staatsregierung unbedingt Ge-

werbegebiete ausweisen möchte, und auch nicht, weil wir in besonderer Weise Freundschaft mit der Asphaltwirtschaft geschlossen haben. Der Hauptgrund für den Flächenverbrauch in Bayern ist – hören Sie zu, sonst wissen Sie es wieder nicht –, dass Bayern jeden Tag wächst. Bayern wächst nicht flächenmäßig, sondern in der Anzahl der Menschen, die hier wohnen. München wächst in der Anzahl der Menschen, die hierherkommen. In den letzten 20 Jahren ist Bayern um etwa 1 Million Menschen größer geworden. 1995 hatten wir rund 12 Millionen Einwohner. Jetzt sind es rund 13 Millionen Einwohner. Einer mehr oder weniger wird nicht gezählt. Das ist Fakt. Die Menschen müssen irgendwo wohnen und irgendwo arbeiten. Die Menschen müssen mobil sein. Die Lebensqualität drückt sich auch in der Mobilität der Menschen aus.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist ja genau der Anspruch an Sie!)

Das ist in der Tat so. Dieses Faktum bildet sich vor Ort ab. Flächen werden für Wohnungen und für das Arbeiten gebraucht. Dennoch hat Bayern mit 11,9 % – das ist jetzt schon so oft gesagt worden – den niedrigsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche aller westlichen Bundesländer. Der Durchschnitt in Deutschland beträgt 13,7 %. In Bayern beträgt der Durchschnitt 11,9 %. 83 % der Fläche Bayerns sind landwirtschaftliche Fläche und Wald. Der Waldbestand hat in den letzten Jahren zugenommen. Fakt ist, dass in den Siedlungs- und Verkehrsflächen, die wir statistisch ausgewiesen haben, nicht alles befestigt oder geteert ist. Auch diese Zahl muss immer wiederholt werden, sonst glaubt es niemand: 5,41 % der Flächen in Bayern sind befestigt, geteert, betoniert oder mit Häusern und Straßen bebaut. Nicht alles, was wir unter Siedlungs- und Verkehrsfläche subsumieren, ist automatisch befestigt. Es gibt bei uns Gärten, Erholungsflächen und viele freie Flächen in Gewerbegebieten.

Frau Annette Karl, ich weiß ja nicht, wo Sie leben. Kommen Sie doch einmal zu mir! Ich mache seit 27 Jahren Kommunalpolitik. Ich zeige Ihnen ein Gewerbegebiet bei mir zu Hause. Ein ausgewiesenes Gewerbegebiet ist so lange nicht befestigt, wie niemand dort baut. Deswegen gibt es bei uns keine leer stehenden Gewerbegebiete. In

den Gewerbegebieten meiner Heimat wird gepflügt und mit dem Mährescher Getreide geerntet, wenn dort keine Halle steht.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist Schönfärberei!)

Das sind die Fakten. Fakten hört man natürlich nicht gern, weil man der Ideologie hinterherlaufen möchte. Bayern nimmt in Westdeutschland hinsichtlich versiegelter Flächen Gott sei Dank eher einen hinteren Platz ein. In Bayern sind 5,41 % und deutschlandweit 6,2 % der Fläche versiegelt. Im Landesentwicklungsprogramm ist tatsächlich auch der Grundsatz des Flächensparens verankert, nämlich in Kapitel 3.1. Das ist ein gesamtes Kapitel zum Flächensparen. Kapitel 3.2 beschäftigt sich mit der Innenentwicklung. Das steht alles da drin.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen aber auch eines sagen: In Bayern existiert die kommunale Selbstverwaltung. Wir möchten nicht bei allen Sachverhalten, die wir politisch regeln können, die grüne Verbots-, Vorschrifts- und Bürokratisierungsrhetorik anwenden. Ich traue den Bürgermeistern, den Kommunalpolitikern und den Menschen vor Ort am ehesten das Wissen zu, wie sie ihre unmittelbare Heimat gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Die wissen das. Jetzt kommen Sie daher. Wir wollen Gemeinden entwickeln, und die GRÜNEN wollen die Gemeinden ausverkaufen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

– Klar. Das ist kein Schmarrn, Christian Magerl. Das entspricht den Tatsachen. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet auch kommunale Selbstverantwortung. Die Gemeinden haben Planungshoheit. Wenn beispielsweise die Landwirte sagen, wir verbrauchen zu viel Fläche, dann sage ich: Ja, ich bin selbst Landwirt, ich kenne mich damit aus. Am Anfang des Flächenverbrauchs steht der Flächenverkauf. Ich habe noch nie erlebt, dass jemand für ein Gewerbegebiet enteignet worden wäre. Wenn

man die Fläche nicht verkauft, bleibt sie landwirtschaftlicher Grund. Auch das muss man selbstkritisch konstatieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich achte das kommunale Planungsrecht sehr. Wir achten es sehr und wollen es ermöglichen. Und jetzt kommt von Ihnen die kluge Idee, dass sich finanzschwache Gemeinden nicht mehr entwickeln sollen; sie sollen ihre Flächenzertifikate verkaufen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, sie sollen also ihre Berechtigung auf Entwicklungsmöglichkeiten an München verkaufen. Welch kluge Idee zur Entwicklung des ländlichen Raums! Das ist geradezu skurril.

(Beifall bei der CSU)

München wird Zertifikate kaufen. Wir diskutieren dann, dass wir darauf achten sollten, dass sich niemand mehr in München ansiedelt, weil wir eine Entwicklung der ländlichen Räume brauchen. Wir reden von der Überhitzung in München, wir reden von Heimatstrategie dadurch, dass wir versuchen, die Menschen überall im Lande zu halten, und plötzlich soll ich dann diesen Menschen sagen: keine Bauplätze, meinetwegen im Landkreis Tirschenreuth; wir brauchen keine Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbegebiete mehr; verkauft eure Berechtigung nach München. – Das heißt doch, die Leute sollten nach München gehen, um dort zu arbeiten. Wir diskutieren hier Dinge, die sich widersprechen. Das ist kindisch, wenn nicht gar grotesk.

Und noch etwas möchte ich Sie fragen. Was tun Sie eigentlich, wenn niemand ein Flächenzertifikat verkauft? Dann kann die Stadt München überhaupt keine neuen Wohnungen mehr bauen, die Sie dort doch so anmahnen, weil die Fläche nicht mehr reicht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

Ich meine, die Widersprüche sind so intensiv, dass man es kaum mehr versteht. Gott sei Dank stößt bei der SPD und auch bei den FREIEN WÄHLERN die kluge Idee, diesen Flächenzertifikatehandel in Bayern zu praktizieren, nicht auf Gehör. Insofern brauchen wir keine Sorge zu haben, dass dieser Gesetzentwurf in Kraft tritt, den wir aus den bekannten Gründen ohnehin nicht unterstützen. Das wird Sie nicht überraschen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es kommt auf die Mehrheiten an!)

Ich möchte Sie also dazu ermuntern, dieses Thema zu versachlichen. Ich komme damit auf den Anfang meiner Rede zurück: Wenn ein Land wie Bayern um eine Million Menschen wächst, muss man sich überlegen, wie man die Menschen qualifiziert unterbringen kann. Wir brauchen für sie berufliche Perspektiven und Möglichkeiten der Arbeit.

Wir alle gönnen uns doch mehr Wohnraum je Einwohner. Wenn wir nun auch noch vorschreiben würden, einen Zertifikatehandel mit der Größe von Wohnflächen zu machen, könnte man in München beispielsweise überhaupt nicht mehr bauen. Ich glaube, wir sollten endlich aufhören mit diesen ideologischen Anwürfen und solchen Ideen, mit denen Sie beweisen wollen, dass irgendwer eine falsche Politik macht. Setzen Sie auf die kommunale Selbstverwaltung und darauf, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, was mit ihrer Heimat geschehen soll. Weder ein Staatssekretär noch die Landtagsabgeordneten wissen, was für die Kommunen das Beste ist. Das wissen die Menschen vor Ort selbst am besten.

Deshalb glaube ich, dass die Debatte um diesen Gesetzentwurf keine ertragreiche Diskussion sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Herr Staatssekretär. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Hartmann. Bitte sehr.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär Füracker, versachlichen wir doch die Diskussion etwas. Der Bevölkerungszuwachs betrug seit 1992 9 %, der Flächenverbrauch stieg aber um 29 %. Damit geht die Schere doch deutlich auseinander. Da passt etwas nicht zusammen. Sie wollen die kommunale Selbstverwaltung in Bezug auf die Entwicklung des Außenbereichs erhalten. Wohin hat das geführt? Es gibt inzwischen 11.000 Hektar ausgewiesene Gewerbeflächen in Bayern. Das sind die Flächen, die freiwillig gemeldet werden, die aber kein Mensch kaufen möchte. Da wurde in den Flächenverkauf investiert, obwohl das wirklich nicht benötigt wurde.

Ein letzter Punkt. Ich bin erstaunt, wie wenig Sie sich mit dem Thema im Grunde befasst haben.

(Staatssekretär Albert Füracker: Ach so!)

Nehmen Sie einmal das Beispiel München. In diesem Ballungsgebiet kommt man pro Kopf mit verhältnismäßig wenig Fläche aus. München wird die letzte Region sein, die sich Rechte zusammenkaufen muss.

(Zuruf von der SPD: Alle Leute wollen doch nach München!)

Wo ist denn das größte Wohnbaugebiet in diesem Bereich? Das ist beispielsweise der Nockherberg. Das ist eine bebaute Fläche, die gar nicht darunter fällt. Sie reden von Nachverdichtung. Auch das fällt dort nicht darunter. Es geht im Grunde um die Ausweisung im Außenbereich und nicht darum, was im bebauten Gebiet passiert. Die Masse in München geschieht gerade im bebauten Gebiet, und das reicht völlig aus. Das ist ein gutes Instrument.

Sie haben die ganzen Maßnahmen aufgezählt und schreiben das alles richtig auf. Aber Ihre Politik der letzten Jahre ist am Ziel vollkommen vorbeigegangen. Sie haben den Flächenverbrauch kaum begrenzt, sondern im Gegenteil sogar angeheizt. Dem wollen wir mit unserem Gesetzentwurf den Riegel verschieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatssekretär, bitte sehr.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Herr Hartmann gibt hier zu Protokoll, dass für das einwohnermäßige Wachstum in München in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Flächen im Außenbereich mehr verbraucht werden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Aber klar! München braucht keine Fläche mehr, hat er gesagt.

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

So hat es Herr Hartmann doch erklärt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das hat er nicht so erklärt!)

So ist doch die Lage.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir werden das im Protokoll nachlesen!)

– Das haben Sie nicht erklärt? Dann habe ich falsch gehört.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es wird im Protokoll stehen!)

Beim Thema ländlicher Bereich haben Sie auch nicht zugehört, Herr Hartmann. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass nicht jedes ausgewiesene Gewerbegebiet befestigt ist.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Kommen Sie doch einmal zu mir; ich zeige Ihnen Gewerbegebiete, auf denen landwirtschaftliche Nutzung stattfindet. Das geschieht so lange, bis dort Nutzung in gewerblicher Art stattfindet.

Für Wohngebiete gilt das Gleiche. Nach Ihrer Diktion dürfte ich keinen Flächennutzungsplan vorlegen, in dem aufgezählt ist, wo Wohngebiete bzw. Gewerbegebiete stattzufinden haben.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ihre Politik schafft keinen echten Baugrund!)

Ganz ehrlich: Ihre Aussage, dass München in den nächsten Jahren für seine Entwicklung keine zusätzlichen Flächen mehr brauchen wird, teile ich nicht. Das widerspricht sehr der Lebenserfahrung der letzten 20 Jahre.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Herr Staatssekretär. – Nächste Zwischenbemerkung: Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatssekretär, Ihr Auftritt ging weit an der Sache vorbei. Er diente allein der Irreführung der Öffentlichkeit und war Schönfärberei. Das fängt schon bei den statistischen Zahlen an. Sie lassen locker den Alpenanteil wie auch die Mittelgebirge weg und vergleichen damit Äpfel mit Birnen. Das zeigt, wie Sie tatsächlich denken. Die Menschen in Bayern sehen doch, was in ihrer Landschaft passiert. Wollen Sie die alle für dumm verkaufen?

Der Punkt ist doch, dass Sie einst eigene Ziele in Ihrer Nachhaltigkeitsstrategie und in Ihrem Biodiversitätsprogramm definiert haben. Aber was Sie heute erklärt haben, bedeutet, dass diese Ziele für Sie nicht mehr gelten. Sie verabschieden sich davon und setzen darauf, dass Bayern weiterhin das Land mit der größten Steigerung beim Flächenverbrauch ist. Dies ist Ihnen alles offensichtlich egal, und das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Wenn ich jetzt so polemisch antworten wollte, wie Sie eben geredet haben, würde ich sagen, Ihre Zwischenbemerkung ist ein Armutszeugnis. Ich habe nie behauptet, dass ich darauf setze, sondern habe vielmehr erklärt, woher das alles kommt. Wenn Sie sagen wollen, dass in Bayern die Bevölkerungszahl nicht mehr wächst, dann brauchen wir diese Überlegungen nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ihre Aufgabe ist es doch, den Kommunen Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen. Ihre Idee ist es aber, die Kommunen sollten einen Flächenausverkauf an die Städte machen, die Flächen benötigen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist so nicht unsere Idee! Das ist Quatsch!)

– Ich meine den Herrn von Brunn, der eben eine Frage gestellt hat. Meine Idee zielt auf die Entwicklung der Kommunen ab, wie sie von den Menschen vor Ort als richtig betrachtet wird.

(Florian von Brunn (SPD): Ungebremster Flächenverbrauch! Davon ist die Rede!)

– Ich verwies gerade auf unsere Idee. Ansonsten ist die Diskussion so ideologisch besetzt, dass man nicht mit Sachargumenten arbeiten kann. Selbst statistisch richtige Zahlen werden von Ihnen als falsch, als unfaktisch bezeichnet.

(Florian von Brunn (SPD): Ihre Alternativen sind lachhaft!)

Ich brauche keine Belehrungen in dieser Hinsicht. Ich kann Statistiken gut lesen. Bayern ist um eine Million Menschen gewachsen, und wenn Sie das kritisieren wollen, tun Sie es. Aber es hat nichts mit der Idee zu tun, die kommunale Selbstverwaltung umzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Darauf kommt es an, und darauf setzen wir.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Herr Staatssekretär. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Es ist so beschlossen.

Wir machen jetzt Mittagspause bis 13.50 Uhr. Das ist eine halbe Stunde. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.18 bis 13.51 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach der Mittagspause nehme ich jetzt die Sitzung wieder auf.